

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2000)

Heft: 4: Aargauer AKW-Front bröckelt

Artikel: Die Aargauer AKW-Front bröckelt

Autor: Bonilla Gurzeler, Veronica

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586789>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Aargauer AKW-Front bröckelt

«Vor 20 Jahren wäre man nach Moskau geschickt worden, hätte man im Aargau gesagt, dass man gegen die Atomindustrie ist», sagt SP-Nationalrat Urs Hofmann. Heute ist nicht mehr ganz so schlimm. Sogar im Atomkanton Aargau stimmten die beiden grössten Städte für die Grundnorm und die Förderabgabe. Was sagen EnergiepolitikerInnen und MeinungsmacherInnen dazu?



Von Veronica Bonilla Gurzeler, freie Journalistin in Zürich

«Ulrich Fischer, wie erklären Sie sich, dass die beiden Städte Baden und Aarau im von der Atomenergie dominierten Kanton Aargau bei den Abstimmungen über die Energievorlagen der Grundnorm und der Förderabgabe zugestimmt haben?» – «Ach, wirklich, haben sie?» – «Ja, in Aarau eher knapp», (mit 7 beziehungsweise 66 Mehrstimmen bei

etwas mehr als 5'000 eingegangenen Stimmen), «in Baden mit einem recht beachtlichen Vorsprung» (von 268 beziehungsweise 357 Stimmen bei rund 4'500 eingegangenen Stimmen). – Ulrich Fischer überlegt. «Das überrascht mich. Das ist mir gar nicht aufgefallen. Ehrlich gesagt hat es mir genügt zu erfahren, dass der Aargau als Kanton die Vorlagen abgelehnt hat.» Der FDP-Nationalrat ist nicht der Einzige im Aargau, der noch nicht gemerkt hat, wie einzelne Orte, und zwar die Bedeutendsten, langsam nach links kippen. Sogar den Leuten von der SP ist nicht aufgefallen, dass in den beiden Städten 2x ja gestimmt wurde. SP-Nationalrätin Doris Stump will es zuerst kaum glauben: «Diese Offenheit ist vor

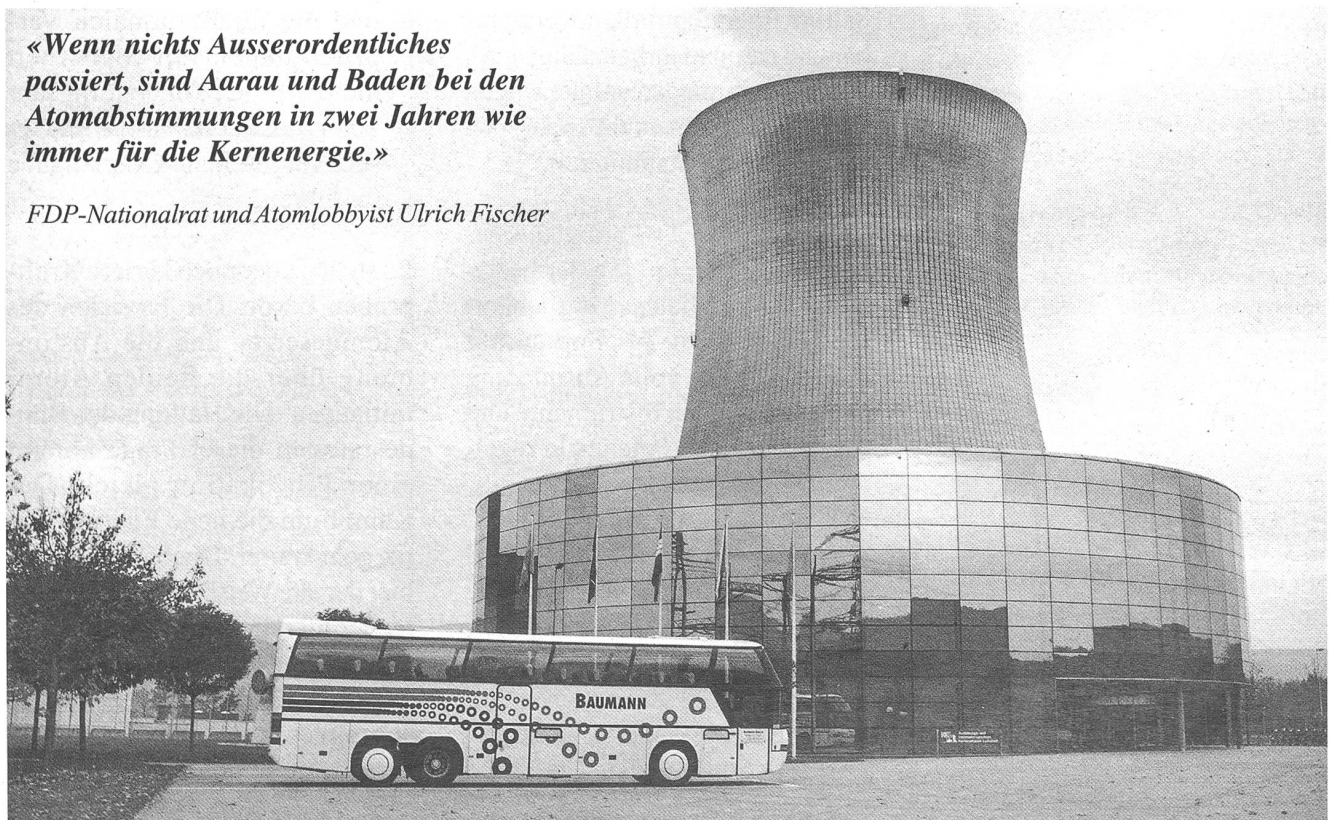
allem für Aarau eher ungewöhnlich.» Auch Benjamin Knecht von der SP Baden hat die Resultate nicht genau angeschaut. «In den Städten ist man jedoch generell progressiver und aufgeschlossener», sagt er, «vielen Leuten ist mittlerweile sogar im Aargau klar, dass es auch ohne Atomenergie gehen würde. Heute gibt es dafür fundierte Informationen.» Er findet zudem, dass Grundnorm und Förderabgabe eher moderat gewesen seien.

Atomindustrie auf dem Rückzug

Ein Wandel fällt dem SP-Nationalrat Urs Hofmann auf. «Hätte man vor 20 Jahren im Aargau gesagt, dass man gegen die Atomkraft ist, wäre man nach Moskau geschickt worden», meint der Aarauer. In den letzten Jahren habe es in Aarau eine Kräfteverschiebung gegeben. «Früher machten die Freisinnigen bei Wahlen immer gut 35 Prozent der Stimmen, heute liegen sie mit der SP Kopf an und Kopf; bei den letzten

«Wenn nichts Ausserordentliches passiert, sind Aarau und Baden bei den Atomabstimmungen in zwei Jahren wie immer für die Kernenergie.»

FDP-Nationalrat und Atomlobbyist Ulrich Fischer



Bilder: Ali



«Früher machten die Freisinnigen bei Wahlen immer gut 35 Prozent der Stimmen, heute liegen sie mit der SP Kopf an Kopf.»

*Urs Hofmann,
Aargauer SP-Nationalrat*

und vorletzten Wahlen erhielten beide Parteien 25 bis 30 Prozent der Stimmen.»

Aarau sei fortschrittlicher, offener und jünger geworden, stellt Hofmann fest. «Die Wohnqualität in Aarau ist wie in vielen mittelgrossen Schweizer Städten relativ hoch. Das zieht besonders Leute um die 40 an.» Früher habe man in den gehobeneren Wohnquartieren zu 95 Prozent freisinnig gewählt. «Heute wohnt dort auch die gebildete, intellektuelle SP-Mittelschicht», sagt Hofmann. Kein Wunder: «Wir haben in den letzten Jahren viele Neumitglieder gewonnen.»

Ähnlich erklärt man in Baden das Phänomen. Der Wetzinger Jurist und SES-Stiftungsratsmitglied Leo Scherer sagt: «Es gibt auch im Aargau Leute, die begreifen, dass die Energiefrage ein Problem ist und dass die Vorlagen, die im September zur Abstimmung kamen, fähig gewesen wären, das Problem anzugehen.» Baden sei in den letzten Jahren entindustrialisiert worden. «Die Atomindustrie, vorab NOK, ABB und Motor Columbus, ist nicht mehr ganz so präsent wie auch schon», sagt auch Benjamin Knecht.

Heisser Disput bei der Aargauer Zeitung

Das Klima im Aargau, vorab in den städtischen Gebieten, ist offener geworden. Das widerspiegelt sich sogar in der Presse. Das Monopolblatt «Aargauer Zeitung» hat zu den Energievorlagen,



In Aarau haben die StimmbürgerInnen die Grundnorm und die Förderabgabe angenommen.



«In den städtischen Zentren hat man offenbar weniger Bedenken, von Abgaben auf Erdölprodukten betroffen zu sein.»

Beat Buchmann, Pressesprecher der Aargauischen Elektrizitätswerke AEW

immerhin, die Parole 2x nein/1x ja, beziehungsweise 3x nein herausgegeben. «Der Aargau ist ein Energiekanton und Energie ist bei uns ein ständiger Diskussionspunkt», sagt Mathias Küng, Inlandchef der «Aargauer Zeitung», «auf der Redaktion wurde im Vorfeld der Abstimmungen intensiv debattiert, doch einig wurden wir uns nicht. Und wie das bei uns üblich ist, wenn die Meinungen deutlich unterschiedlich sind, publizierten wir zwei Leitartikel.» Woldemar Muischneek, Atomfreund und Energieverantwortlicher auf der

Redaktion, legte sich ins Zeug für 3x nein und wurde nicht müde, Atompapst Michael Kohn Auftrittfläche zu verschaffen, dessen Quintessenz zu den Energievorlagen lautete: «Im weltweiten Vergleich stehen wir punkto Umweltschutz sehr gut da. Die Schweiz hat andere Prioritäten.»

Anders Chefredaktor Hans Fahrländer. Er vertrat die Reihe derer, die zumindest für die Grundnorm waren. Als seine Meinung schliesslich unterlag, machte er seiner Enttäuschung und Verärgerung am Tag nach den Abstimmungen in einem Kommentar auf der Frontseite Luft. «Das Volk hat kurzfristige Aspekte beim Ausfüllen des Stimmzettels stärker gewichtet als langfristige. Zurzeit stöhnen wir unter hohen (langfristig wohl marktgerechten) Öl- und Bezinpreisen; da war es von den Stimmdenden offenbar zu viel verlangt, den fossilen Energieträgern durch Eigenbeschluss noch einen draufzusetzen.» Und mit Blick in die Zukunft schreibt er weiter: «Eines der Grundgesetze des 21. Jahrhunderts wird lauten: Je mehr Öl wir verschleudern, desto rarer wird dieses Gut. Und je rarer es wird, desto höher wird sein Preis. Höchste Zeit also zum Sparen und Substituieren. Die letzte Chance, noch im 20. Jahrhundert mit Gegensteuern zu beginnen, ist vertan. Jeder neue Versuch wird ein bisschen teurer, unfreiwilliger, schmerzvoller werden. Hoffentlich erleben wenigstens unsere Kinder noch den von den Gegnern versprochenen (besseren Weg zum ökologischen Ziel). Ob die fiskalische Entlastung der Arbeit dannzumal noch ein Thema ist, wissen die Götter.»

Atom-Fischer: Ein gewisses Misstrauen...

Wieso die Stimmdenden in Baden und Aarau Grundnorm und Förderabgabe annehmen wollten, hat man bei der Aargauer Zeitung jedoch nie analysiert. «Baden ist grundsätzlich stark nach Zürich ausgerichtet und hat bei Abstimmungen in der Regel die Schrittmacherrolle», sagt Inlandchef Küng. Auch Ulrich Fischer ringt um eine Erklärung: «Vielleicht konnte die Unterscheidung, dass nicht die Emissionen, sondern der Energieinhalt hätte besteuert werden sollen, nicht gemacht werden.» Doch Fischer korrigiert sich umgehend selbst: Das Argument sei nicht stichhaltig. Schliesslich liesse sich daraus folgern, die Leute auf dem Land seien dümmer oder schlechter informiert als die StädterInnen.

Was Nationalrat Fischer, der als Verwaltungsrat auch die Interessen von Atel, Rhätische Werke, Motor Columbus und Refuna AG vertritt, nicht gefallen will, ist, dass das Stimmvolk mit der Befürwortung der Energieabgaben auch eine Steuer auf der Atomenergie gebilligt hätte. Fischer: «Dass man ein ökologisches Element ins Steuersystem einbauen sollte, ist ja in weiten Kreisen akzeptiert und dafür habe auch ich durchaus Verständnis. Die Kernenergie sollte allerdings nicht mit einbezogen werden.» Möglich, meint er, dass der hohe Ja-Stimmen-Anteil in Baden und Aarau «ein gewisses Misstrauen der Atomenergie gegenüber» ausdrücke. «Wahrscheinlich hat die rot-grüne Propaganda in den Städten mehr verfangen», überlegt Fischer.

Votum gegen die Atomenergie

Wer die Förderabgabe und die Grundnorm angenommen hat, der will, dass sich die Karten der Atomkraftwerke in Zukunft verschlechtern. Denn mit der Förderabgabe, wäre die Atomenergie belastet worden, die Wasserkraft und die neuen erneuerbaren Energien hätten im Gegenteil davon profitiert. Wer die Grundnorm befürwortet, der plädiert dafür, dass die CO₂-Abgabe weniger dringend vollzogen werden muss. Damit würden sich die Karten der Atomenergie wiederum verschlechtern, weil diese die CO₂-Abgabe favorisiert, welche die Atomenergie nicht belastet.



Enttäuschung bei der Aargauer Zeitung über die Ablehnung der Energievorlagen. Beim ehemaligen Hausblatt der Atomlobby hat der Wind gedreht.

Hans Lüthi, Energiespezialist im Ressort Kanton der Aargauer Zeitung glaubt nicht, dass der hohe Ja-Anteil für die Energievorlagen in Baden und Aarau ein Ausdruck des schwindenden Vertrauens in die Kernenergie war. «Die Diskussion, ob die Energievorlagen für die AKWs einen Nachteil oder einen Vorteil bedeuten würden, fand nicht statt», sagt der Klingnauer. Er ist überzeugt, dass sich in den AKW-Standortgebieten bei den nächsten Abstimmungen über die Kernenergie wieder 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung der Atomkraft aussprechen werden.

Schlechtere Arbeitsbedingungen in AKWs

«Die AKW-Front bröckelt nicht», ist der Journalist überzeugt. Gleicher Meinung ist Ulrich Fischer. «Wenn nichts ausserordentliches passiert und wenn in Wellenberg bezüglich Endlagerung noch Fortschritte gemacht werden, sind die Standortbezirke bei Ausstiegs- und Moratoriums-Initiative in zwei Jahren wie immer für die Kernenergie.» Bloss: Was meint Fischer wohl mit «wenn nichts ausserordentliches passiert»? Einen Unfall? Ein Tschernobyl 2?

Nicht ganz so starr sieht Eva Kuhn, SP-Grossrätin aus Full-Reuenthal, der Nachbargemeinde von Leibstadt, die Situation. «Es gibt heute bei uns mehr Leute, die kritisch über AKWs denken.» Dies habe damit zu tun, dass viele Leute gemerkt hätten, dass die Nuklearenergie endlich sei. «In der Folge fragen sich

viele Menschen nicht zu unrecht, wie lange die Atomindustrie wohl noch ihr Arbeitgeber sei.» Zudem sind die Arbeitsbedingungen in den Kernkraftwerken nicht mehr so gut wie auch schon. In Leibstadt hat man 30 Angestellte nicht mehr ersetzt. «Bisher konnten die AKWs mit der grossen Kelle Geld ausgeben», sagt Hans Lüthi von der Aargauer Zeitung, «eine Million war für sie nichts. Sie konnten schliesslich alles überwälzen. Im freien Markt geht das nicht mehr. Sparen und Preise senken ist angesagt.» Der Konkurrenzdruck unter den Stromlieferanten ist gross. Kein Wunder, dass man nun beginnt, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

An den Haaren herbeigezogen

Leo Erne, Kommunikationsbeauftragter des Atomkraftwerks Leibstadt, meint jedoch, von einem Misstrauensvotum der Atomindustrie gegenüber sprechen zu wollen, wäre «etwas gar weit an den Haaren herbeigezogen und damit rein spekulativ». Er erklärt: «Die ökologische Steuerreform hat auch im mehrheitlich bürgerlichen Aargau und damit auch bei den Kernenergie-Befürwortern ihre Anhängerschaft. So hat beispielsweise die CVP Aargau mit Stammland im Ostaargau zur Grundnorm die Ja-Parole herausgegeben. Zudem haben sich die atomfreundlichen Kreise nicht einfach grundsätzlich gegen Abgaben auf Atomstrom gestellt, sondern gegen die einseitige Belastung des Stroms aus Nuklearanlagen.» Tatsache ist, dass die StimmbürgerInnen an der Urne nicht «ja, aber» stimmen

können. Deshalb hat sich die Atomlobby auch ausdrücklich gegen die Energievorlagen gewendet. Doch noch ein letztes Wort von Leo Erne: «Unterschätzen Sie die AargauerInnen nicht in ihrer Fähigkeit zur Differenzierung: Ein Ja zu etwas ist nicht automatisch ein Nein zu etwas anderem...»

Lösgelöst von der Atomenergie will auch Beat Buchmann, Öffentlichkeitsbeauftragter der Aargauischen Elektrizitätswerke (AEW) das Phänomen erklärt haben: «In den städtischen Zentren hat man offenbar weniger Bedenken, von Abgaben auf Erdölprodukten betroffen zu sein.» Man komme dank einem guten Netz öffentlicher Verkehrsmittel häufig ohne Auto und nicht selten der Fernwärme wegen sogar ohne Heizöl aus. «In ländlichen Gebieten, wo man aufs Auto angewiesen ist, ging man mit dem Portemonnaie abstimmen», glaubt Buchmann. Er betont jedoch, dies sei seine persönliche Meinung. «Eine Branchenmeinung habe ich bisher noch keine gehört.» Wie auch Fischer könnte er sich gegebenenfalls mit einer ökologischen Steuerreform anfreunden: «Das ist eine richtige, vernünftige Lösung.» Allerdings sei es besser, erst mal abzuwarten, wie sich das übrige Europa verhalte. «Wenn Europa die Reform einführt, müssen wir auch, sonst fallen wir zwischen Stuhl und Bank.» □